

Ständerätin Maya Graf – Meine Bilanz zur Frühjahrsession 2021

Auch die Frühjahrsession stand ganz im Zeichen der COVID-19 Krise. Dank regelmässigen Tests, Maskenpflicht und Plexiglasschutz funktionierte der Ratsbetrieb zum Glück reibungslos. Schliesslich mussten wichtige Geschäfte wie die Anpassungen des COVID-19 Gesetzes zur Bewältigung der Krise, die AHV-Reform, die Gesetzesänderung zur Cannabisfreigabe als Arzneimittel, ein griffiger Gegenentwurf zur Pflegeinitiative, die Agrargeschäfte und weiteres mehr beraten und verabschiedet werden.



Meine wichtigsten Geschäfte in der Frühjahrsession 2021:

Anpassungen im Covid19-Gesetz zur Bewältigung der Pandemie

- Da war zunächst die dringende Anpassung des befristeten Covid19-Gesetzes, das dem Bundesrat den Gesetzesrahmen zur Bewältigung der Coronakrise gibt. Zum dritten Mal beugte sich das Parlament nun über dieses Gesetz, um in quasi rollender Planung dem Bundesrat Anpassungen und neue Aufträge zur Bewältigung der Pandemie zu geben. Ich konnte mich zusammen mit der Grünen Fraktion im Nationalrat für wichtige Verbesserungen für KMU, Kulturschaffende und Selbständigerwerbende einsetzen.
- Das Parlament beschloss neu bis 10 Milliarden Hilfsgelder für die Härtefallregelungen der Kantone freizugeben und einen Schutzschirm für grosse regionale Kulturveranstaltungen zu schaffen. Zudem sollen auch freischaffende Künstlerinnen zukünftig Ausfallentschädigungen erhalten.
- Positiv ist auch, dass die Kurzarbeitsentschädigungen weiterhin für kleine Einkommen bis 4000 Franken Bruttolohn zu 100% ausbezahlt werden, wie ich dies in meiner [Motion 20.3410 «Die Kurzarbeitsentschädigung soll für Einkommen bis 4000 Franken 100 Prozent des Monatslohns betragen»](#) verlangt habe.
- Als Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) war es mir wichtig, dass der Bund nun auch auf grossflächiges Testen aufbaut und die Kosten übernimmt. **Testen, testen, testen und Impfen, impfen, impfen müssen im Gleichschritt zu den bestehenden Schutzmassnahmen nun mit Tempo vorwärts gehen. So schaffen wir die wichtige epidemiologisch abgestützte Grundlage für die nächsten Öffnungsschritte und für eine möglichst baldige**

Normalisierung der Lage, wie wir sie uns alle dringend wünschen. Unser Kanton Basel-Landschaft ist in dieser Beziehung ein Pionierkanton. Er zeigt auf, wie dies konkret gehen kann: Es wird flächendeckend an Schulen getestet und auch in Unternehmen. Drei Impfzentren sind im Baselbiet aufgebaut und warten auf die vom Bund zugesagte Menge an Impfdosen. Bereits sind nun 60% der über 75-jährigen Personen geimpft sowie alle Bewohnerinnen und Bewohner in Alters- und Pflegeheimen. Das gibt unseren älteren Mitmenschen nach einem schwierigen Jahr mit wenig Aussenkontakten wieder mehr Lebensqualität und dem Pflegepersonal hoffentlich endlich etwas Entlastung.

- Aber es geht mir auch um die gesellschaftliche Bewältigung der COVID19-Gesundheitskrise. Wir haben 10.000 Todesopfer und zum Teil schwere Folgeerkrankungen zu verarbeiten. Viele der Zuschriften der Mitmenschen, die ich erhalte, sprechen von der nicht bewältigten Trauer um Freunde, Bekannte und Angehörige, die sie durch die Pandemie verloren haben, die sie nicht begleiten konnten. Deshalb habe ich zusammen mit meiner grünen Nationalratskollegin Greta Gysin im [Postulat 21.3079 «Offizielle Gedenkfeier für die Covid-19-Opfer und ihre Angehörigen durch das Schweizer Parlament»](#) eine offizielle Gedenkfeier für die, durch die COVID19-Pandemie Verstorbenen und ihre Angehörigen gefordert, sobald es die epidemiologischen Umstände erlauben. Die Ratsbüros der beiden Räte werden sich nun darum kümmern.

Diese Krise muss uns lehren, für weitere Krisen schon heute vorzusorgen...

- Die Pandemie zeigt uns Parallelen mit anderen möglichen Grossereignissen auf: Der Ständerat hat die [Standesinitiative Kanton Basel-Landschaft](#) zwar mit 25 zu 16 Stimmen abgelehnt, aber die [Motion 20.4329](#) für eine Erdbebenversicherung mit Eventualverpflichtung mit 25 zu 18 überwiesen. Es ist zumindest ein Teilerfolg für alle Kantone, die seit Jahren im Schweizer Parlament eine Schweizer Erdbebenversicherung fordern wie der Kanton Basel-Landschaft. In der Ständeratsdebatte habe ich ausgeführt, dass uns die unerwartete COVID-19 Pandemie aufgezeigt hat, wie stark die Folgen eines solchen Grossereignisses unterschätzt werden können und, dass die dafür getroffenen Vorkehrungen nicht ausreichend waren. [Mein Fazit: «Es ist daher unerlässlich, mit den Erfahrungen aus der Covid19-Krise im Hintergrund den Risiken eines mittelschweren oder großen Erdbebens vorzubeugen – auch wenn diese Ereignisse \(hoffentlich!\) weiterhin selten bleiben werden.»](#)

Covid19 trifft auf die Klimakrise und die Digitalisierung – wir brauchen nun Daten über Veränderungen der Arbeitsverhältnisse und neue Berufsfelder

- Die dreifache Zäsur durch die Covid19-, die Klimakrise und die Digitalisierung trifft auf die Umsetzung der Klimaziele, die rasche Anpassung der Wirtschaft an neue Konsum- und Investitionserfordernisse und hat asymmetrische Folgen für verschiedene Erwerbsgruppen und unsere Binnen- und Exportwirtschaft. Dies erfordert vorausschauendes Handeln, denn wir brauchen nun aktuelle, schweizweit vergleichbare Zahlen über die Veränderungen von Arbeitsverhältnissen und eine Prognose über die Entwicklung neuer Berufsfelder. Deshalb habe ich den Bundesrat im [Postulat 21.3290 «Auswirkungen der COVID-19 Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und Perspektiven für eine innovative nachhaltige Berufsfeldentwicklung»](#) gebeten, aufzuzeigen, welche Auswirkungen diese Herausforderungen auf Arbeitsmarkt und Berufsbildung haben, speziell für Branchen unter starkem Strukturwandel.

Die AHV-Reform – eine grosse Enttäuschung, aber erst der Auftakt zur Debatte über das Frauenrentenalter

- Die grosse Enttäuschung dieser Session kam am 15. März 2021 in der ständerätlichen Auftaktdebatte zur Reform der AHV: Auf dem Buckel der Frauen soll – trotzdem sie weniger Lohn infolge Lohndiskriminierung und ein Drittel weniger Rente aus erster und zweiter Säule erhalten als

die Männer – die AHV finanziell saniert werden: Mit dieser Entscheidung tragen die Frauen über die Erhöhung ihres Rentenalters auf 65 Jahre mit 10 Milliarden Franken zur Stabilisierung der AHV bis 2030 bei und erhalten dafür nur Almosen. Die bürgerliche Mehrheit verschlechterte kompromisslos die AHV21 Reform weiter: Die gesprochenen Ausgleichsmassnahmen (440 Mio. Franken in 2030) für eine Übergangsgeneration von neun Frauenjahrgängen sind noch viel tiefer als die schon ungenügende Kompensation im Vorschlag des Bundesrates (700 Mio. Franken in 2030). Der Ständerat ging noch einen Schritt weiter und nahm den Frauen auch noch die Möglichkeit zum Rentenvorbezug ab dem 62. Lebensjahr. So sieht ausgerechnet im Jahr 2021, in dem wir das Jubiläum von 50 Jahren Frauenstimmrecht in der Schweiz feiern können, keine faire Lösung aus! [Mit meinem Votum](#) konnte ich die Rentenproblematik der weiblichen Übergangsgenerationen und vor allem der Mehrheit der Frauen mit einem zu kleinen versicherbaren Einkommen zwar klar machen, aber nicht vor dem ablehnenden Entscheid der Mehrheit bewahren.

Die Menschenrechte: Ein Bericht zu Tibet und meine Interpellation zu unseren Hochschulen und China

- Am 16. März gab es wieder Good News aus dem Parlament und zwar in Form eines Berichts über die Situation der Tibeter*innen in der Schweiz. In ihm steht neben der Überwachung das Thema Asyl im Zentrum.
- Als Vizepräsidentin der parlamentarischen Gruppe Tibet und als Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur beobachte ich seit Jahren mit Sorgen, wie sich China zunehmend auch in unsere Demokratie und in unsere Bildungsinstitutionen einmischt und versteckt agiert. Die Entwicklung ist gefährlich. Deshalb habe ich am 18. März 2021 den Bundesrat mit meiner [Interpellation 21.3289 «Nationale Daten, Kriterien und Leitlinien zu Hochschulkooperationen und akademischen Austauschprogrammen mit der Volksrepublik China»](#) beauftragt, Fragen zu unserer starken Hochschulverflechtung mit China auch im Rahmen seiner Strategie zu China zu beantworten: Es geht mir dabei vor allem um
 1. eine bundesweit verlässliche Datengrundlage über Kooperationen mit China in Forschung und Lehre und zu den hiesigen Studierenden und akademischem Personal aus der VR China,
 2. um die Sensibilisierung in Bezug auf Druckversuche oder nachrichtendienstliche Aktivitäten chinesischer Staatsbürger auf unserem Staatsgebiet und
 3. um nationale Leitlinien für Forschungsk Kooperationen und -vereinbarungen, die den Schutz unserer demokratischer Grundwerte, wie (digitalem) Datenschutz, Schutz vor Einflussnahme und die Publikationsfreiheit sichern.

Gerade in Krisenzeiten ist die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Bundesrates zentral wichtig und schafft Vertrauen in die politischen Institutionen

[Als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission GPK-Ständerat stellte ich zum Ende der Session den Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsprüfungskommissionen und der -delegation für das Jahr 2020 unter der Geschäftsnummer 21.004](#) zur Genehmigung vor. Es war auch für die parlamentarische Aufsicht ein befruchtetes Jahr. Insgesamt traten die GPK in 2020 zu 116 Sitzungen, Dienststellenbesuchen, Videokonferenzen, Subkommissions-, Arbeits- und Plenarsitzungen zusammen. Um das institutionelle Gleichgewicht zu wahren, ist es wichtig, dass die Oberaufsicht durch das Parlament auch in Krisenzeiten in angemessener Weise ausgeübt wird. Die GPK haben dabei als zuständiges Organ für die Beurteilung der Geschäftsführung des Bundesrates und der Bundesverwaltung eine zentrale Rolle inne. Auch wenn in Krisenzeiten in erster Linie der Bundesrat rasch handeln muss, ist es unabdingbar, dass die GPK gebührend über die ergriffenen Massnahmen informiert werden und diese mit den Verantwortlichen erörtern können, so dass sie zu einem späteren Zeitpunkt aus Sicht der Oberaufsicht Bilanz ziehen können.

- Am 18. Mai 2020 leiteten daher die GPK eine Inspektion zur Aufarbeitung der Massnahmen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie ein. Dabei bearbeitet die GPK die Pandemie bis heute als Querschnittsthema, d.h. ihre verschiedenen Subkommissionen untersuchen den Umgang mit der Pandemie bis heute in insgesamt 28 Themen. Dazu gehörten z.B. die Probleme rund um die Maskenbeschaffung beim Bund. [Der Geschäftsbericht 2020 der GPK ist mit seinen 100 Seiten an Informationen über die Geschäftsführung des Bundes sehr zur Lektüre zu empfehlen.](#)

Ein weiteres wichtiges Thema – die überfällige Anpassung des Betäubungsmittelgesetzes

- Zudem beschloss das Parlament unter [der Geschäftsnummer 20.060 die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes](#) und lässt damit endlich Cannabis für medizinische Zwecke zu. Die Zulassung von Cannabisarzneimitteln ist für vor allem für viele chronisch kranke Menschen in der Schweiz mit grosser Hoffnung verbunden.

Endlich ein Durchbruch zur Stärkung der Pflege

- Das Parlament beschliesst nach zweijähriger Arbeit mit der [Parlamentarischen Initiative 19.401 «Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität»](#) einen indirekten Gegenvorschlag zur [Volksinitiative für eine Starke Pflege \(Pflegeinitiative\)](#) und nimmt deren wichtigste Anliegen auf: In den nächsten Jahren sollen 1 Milliarde Franken für eine Ausbildungsoffensive für Pflegefachkräfte zur Verfügung stehen und das Pflegefachpersonal soll neu seine pflegerischen Leistungen direkt mit den Versicherern abrechnen können. Die Regelung gibt den Pflegenden endlich mehr Autonomie in ihrem Berufsfeld. Denn gerade die Pandemie hat uns gezeigt, wie elementar wichtig gut ausgebildetes und vor allem genügend Pflegefachpersonal ist. Was fehlt und nicht auf Bundesebene gelöst werden kann, sind die die dringend nötigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Hier sind klar die Kantone und Arbeitgebenden vor Ort in der Pflicht! Ein funktionierendes Gesundheitssystem baut auf motiviertes, fair bezahltes Personal auf.

Bürgerliche blockieren die Weiterentwicklung der Agrarpolitik zu mehr Nachhaltigkeit

- Trotz heftigem Widerstand von uns Grünen und auch den kantonalen Landwirtschaftsdirektoren und Landwirtschaftsämter hat nach dem Ständerat auch der Nationalrat in der Frühjahrssession einer Sistierung der [Agrarpolitik 22+](#) (AP22+) zugestimmt. Die bürgerliche Mehrheit im Schlepptau des Bauernverbandes schiebt die dringend nötige Reform der Landwirtschaft auf die lange Bank. Das sind schlechte Nachrichten für eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Aber – so behaupte ich – auch ein schädlicher Deal für die Bauernfamilien. Denn die Probleme werden wachsen, gerade punkto Umwelt und Klima und die Erwartungen der Gesellschaft ebenso. Die AP22+ hätte eine Reform der Landwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit gebracht und auf Qualität und Markt gesetzt. Die Umwelt- und Klimabelastung sowie der Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen wären reduziert worden.
- Es ist daher ein schwacher Trost, dass nach langer Beratung das Parlament endlich die [Parlamentarische Initiative 19.475 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates \(WAK-S\) «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»](#) verabschiedet hat. Somit werden gesetzliche Grundlagen geschaffen, welche zumindest einen verbindlichen Absenkpfad für Pestizide und Massnahmen zur Reduktion von Nährstoffüberschüssen vorsehen. Als indirekten Gegenvorschlag zu den beiden Volksinitiativen „Trinkwasserinitiative“ und „Pestizidverbotsinitiative“ gehen diese Vorgaben aber zu wenig weit. Auch hier – „dank“ des Bauernverbandes – eine verpasste Chance und nur ein Pyrrhussieg.

Das künstlerische Highlight der Session – wichtige Fortschritte pünktlich zum Weltfrauentag!

Pünktlich zum internationalen Tag der Frau – am 8. März 21 - stimmte der Ständerat der [Motion 20.4463](#) meiner Ständeratskollegin Eva Herzog für ein 24-Stundenangebot für gewaltbetroffene Frauen zu, das alle zwölf Ständerätinnen zusammen eingereicht haben. Der Nationalrat will ausserdem die Datenlage bezüglich Auswirkung auf die Geschlechter endlich verbessern [Motion 20.3588](#) und sprach sich für die Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlaufstelle für missbräuchliches Verhalten in Einheiten des Bundes aus ([Postulat 20.4342](#)). Schliesslich lancierten Politikerinnen aus allen Fraktionen eine gemeinsame Gesetzesinitiative gegen häusliche Gewalt, welche im Blickartikel dazu treffend formuliert wurde: «[Wer schlägt, muss gehen](#)»

Und zum Schluss ein künstlerisches Highlight, das nicht nur uns Ständerätinnen begeisterte: Am Weltfrauentag erhielt das allseits bekannte Fresko der Landsgemeinde, das den Ständeratssaal schmückt, anlässlich der Feierlichkeiten eine Verjüngungskur: Die Künstlerin Camille Scherrer schuf ein [«Trompe-l'Œil»](#), in der eine Frau die Landsgemeinde präsidiert.

Ich wünsche Ihnen einen sonnigen Frühling und bleiben Sie weiterhin gesund

Herzlich Ihre



Maya Graf

Ständerätin Kanton Basel-Landschaft

